
August 1914: Die deutsche Sozialdemokratie und der imperialistische Krieg

Überraschender Verrat oder vorhersehbar?

MANUEL KELLNER

Am 4. August 1914 stimmte die Reichstagsfraktion der SPD für die Kriegskredite und stellte sich im Ersten Weltkrieg auf die Seite des wilhelminischen Kaiserreichs. War das ein völlig überraschender Verrat oder vorhersehbar? Man kennt die Anekdote von Lenin, der, als er die Nachricht bekam, an eine gezielte Desinformation des zaristischen Geheimdienstes glaubte.

Hatte es nicht die feierlichen Erklärungen der Sozialistischen Internationale für die internationale Solidarität gegen den Krieg gegeben und dafür, den Krieg, falls er doch ausbrechen würde, für die Eroberung der Macht und den Sieg des Sozialismus auszunutzen? Solche Erklärungen waren immer wieder von sozialdemokratischen Führern und von der sozialdemokratischen Presse wiederholt worden.

Die Gefahr eines europäischen Krieges war der Arbeiterbewegung seit 1907 bewusst. In Stuttgart 1907 und in Kopenhagen 1910 hatte die Sozialistische Internationale die internationale Arbeitersolidarität gegen jedweden imperialistischen Krieg beschworen. Die Frage wurde noch dringlicher mit dem Ausbruch der Balkankriege im Jahr 1912. Darum entschied die Exekutive der Internationale Ende Oktober 1912, einen außerordentlichen Kongress in der Schweiz zu organisieren. Er fand am 24./25. November 1912 in Basel statt.

In einem Flugblatt der schweizerischen Sozialdemokratie, das dieses Ereignis ankündigte, hieß es dazu:

«Nächsten Sonntag tritt in Basel der sozialdemokratische Weltkongress gegen den Krieg zusammen. Er wird den gewissenlosen Kriegshetzern, den Diplomaten, Offizieren und Fürsten, den profitlüsternen Armeelieferanten und ihren Zeitungssöldnern entgegenstemmen den geeinigten Willen des Proletariats der ganzen Erde. Er wird sein der Stimmenchor aller Völker des Erdballs, und diese Völker wollen den Frieden, wollen Frieden um jeden Preis, sind entschlossen, eine Ausweitung des Balkankrieges zum Weltbrande mit allen Mitteln zu wehren.»

Die Erklärungen der II. Internationale

Die 555 Delegierten aus 23 Ländern verabschiedeten ein Manifest gegen den Krieg, das die Arbeiterklasse aller Länder zu Kundgebungen und Demonstrationen aufrief. Der Generalstreik als letztes Mittel wurde dabei allerdings nicht ausdrücklich genannt. In dieser Frage waren sich die verschiedenen Strömungen in der Internationale nicht einig. Im Manifest stand immerhin:

«Droht Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern ... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.»

Vor und nach diesem Kongress gab es Massendemonstrationen in so gut wie allen europäischen Ländern mit hunderttausenden Teilnehmern. Aber weder der Kongress von Basel und sein Manifest noch die Massenaktionen konnten das Scheitern der Sozialistischen Internationale (der II., sozialdemokratischen Internationale) verhindern. Fast alle ihre Organisationen in Europa (mit der ehrenhaften Ausnahme ihrer Parteien in Italien und in Serbien) stellten sich bei Kriegsausbruch auf die Seite «ihrer» jeweiligen nationalen imperialistischen Bourgeoisien. Marx' Schlachtruf «Proletarier aller Länder, vereinigt euch» erfuhr, wie Rosa Luxemburg bissig bemerkte, eine schöpferische Korrektur und hätte nun lauten können: «Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch gegenseitig die Gurgeln ab im Kriege.»

Einen ersten Hinweis darauf, wie eine solche Entwicklung möglich werden konnte, geben die Debatten zu Militarismus und Kolonialismus auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale im August 1907 in Stuttgart. Die revisionistische Strömung, die die systemimmanente Tagespolitik theoretisierte und gegen die Ausrichtung auf den großen «Kladderadatsch» und den Sieg des Sozialismus durch die Eroberung der Macht auf ein mehr oder weniger friedliches «Hineinwachsen» in den Sozialismus setzte, wollte die Kompetenzen des internationalen Kongresses in Sachen Krieg und Frieden zu Gunsten der Souveränität der Parteien der verschiedenen Länder auch in dieser Frage einschränken. Die Revisionisten hielten es auch für wichtig klarzustellen, dass sozialistische Politik nicht grundsätzlich gegen Kolonialismus ist.

Im Gegensatz dazu wollte der linke Flügel die Internationale gerade in dem Maße gegenüber den nationalen Parteien stärken, wie die Interessengegensätze der Staaten sich verschärften. Dieser Flügel der radikalen Linken war aber auf dem Kongress nur eine relativ kleine Minderheit. Das System der Beschickung des Kongresses garantierte eine komfortable Mehrheit für die traditionellen Stützen der Parteirechten: die Gewerkschaften, die die Hälfte der Delegierten bestimmten, und die Länder- oder Kreisorganisationen – weil nämlich diese, und nicht etwa der nationale Parteikongress, die andere Hälfte der Delegierten wählten.

Führende deutsche Sozialdemokraten wie August Bebel und Georg von Vollmar wandten sich gegen den französischen Entschließungsentwurf, indem sie die Kriegsgefahr leugneten und die friedlichen Absichten gerade der deutschen Reichsregierung betonten. Sie warnten davor, dass eine antimilitaristische Agitation und die Anwendung von Kampfmethoden wie Massenstreiks die Existenz der deutschen Partei gefährden könnten. Eine Mehrheit des Kongresses wollte aber solche Kampfmittel zumindest nicht ausgeschlossen sehen.

Schließlich kam Rosa Luxemburg mit einem Zusatzantrag durch, in dem es hieß:

«Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.»

Die Mehrheit der deutschen Delegation akzeptierte diese Formulierung schließlich, weil sie keine bestimmte Aktionsform für verbindlich erklärte. Die französische Delegation und andere Teile des Kongresses waren damit zufrieden, dass Massenstreiks als eine der möglichen Aktionsformen neben anderen in einer langen Liste genannt wurden. Die Positionierung des Kongresses der II. Internationale zum imperialistischen Krieg war also das Ergebnis von Kompromissen zwischen den verschiedenen Strömungen.

Zustimmung zu den Kriegskrediten

Am 4. August 1914 stimmte die Reichstagfraktion der SPD *einstimmig* für die Kriegskredite. Erst bei der zweiten Abstimmung im Reichstag brach Karl Liebknecht als einziger von der Minderheit der Reichstagsfraktion, die bei der internen Abstimmung der Fraktion gegen die Kriegskredite gestimmt hatte, die Disziplin und stimmte auch im Reichstagsplenum gegen die Kriegskredite. Wie war das möglich, wenn die Sprecher und Sprecherinnen der Partei so oft öffentlich ausgerufen hatten: «Keinen Mann und keinen Groschen» für dieses System und seinen militärischen Apparat?

Zu Beginn der internationalen Krise, als die Gefahr eines europäischen Krieges unmittelbar deutlich wurde – am 23. Juli 1914 hatte Österreich sein unannehmbares Ultimatum an Serbien gestellt –, rief die SPD-Führung zu Massendemonstrationen gegen den Krieg auf. Am 25. Juli 1914, wenige Tage vor dem 4. August 1914, hieß es in einem Manifest des Parteivorstands, das auch ein Aufruf zu diesen Demonstrationen war, in recht blumiger Sprache:

«Das klassenbewusste Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, dass sie ihren Einfluss auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.»

Zwischen dem 26. und dem 30. Juli gab es dann in der Tat Massendemonstrationen gegen den Krieg in ganz Deutschland. Zur gleichen Zeit begann aber der patriotische Taumel, und die Massendemonstrationen für den Kriegseintritt waren noch stärker als die gegen den Krieg.

War die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Kriegskredite wirklich eine Überraschung? Bei näherem Blick auf die Ereignisse eigentlich nicht.

In etwa seit 1907 rivalisierte die Parole «Keinen Mann und keinen Groschen für dieses System» mit einer anderen Parole, die von so autoritativen Führungspersönlichkeiten der SPD wie August Bebel im Reichstag ausgegeben worden war: «In der Stunde der Gefahr für das Vaterland werden wir auf unseren Posten sein, um es zu verteidigen.»

Am 30. Juli 1914 – am Tag der Generalmobilmachung Russlands – schien der Krieg dann unausweichlich (am 1. August 1914 erklärte Deutschland Russland den Krieg, am 3. August Frankreich). Mit der Rückkehr von Friedrich Ebert und anderen Vorstandsmitgliedern aus dem Urlaub verabschiedete die SPD-Führung eine Erklärung, die ein Gefühl der Niederlage der Antikriegsdemonstrationen ausdrückte. Da die Verhängung des Belagerungszustands im Krieg unvermeidlich schien, fürchteten die Führer der Sozialdemokratie um den Bestand ihrer Partei und ihrer Organisationen. Mit Schrecken dachten sie daran, wieder in die Illegalität gedrängt zu werden wie in der Zeit der Bismarckschen Sozialistengesetze 1878–1890. Bezeichnenderweise wurden in diesen Tagen Friedrich Ebert und Otto Braun nach Zürich geschickt, um die Parteikasse in Sicherheit zu bringen. Eine andere Delegation des Parteivorstands wurde ohne Direktive zum Büro der II. Internationale geschickt.

Man würde sich übrigens höchst wahrscheinlich täuschen in der Annahme, in Anwesenheit von Friedrich Ebert hätte es das Manifest vom 25. Juli 1914 und die Aufrufe zu den Massendemonstrationen gegen den Krieg nicht gegeben. Es gibt einen Privatbrief aus dieser Zeit, in dem Ebert sein Einverständnis mit diesem Manifest ausdrückt, wenn er auch gleichzeitig vor den wahrscheinlichen Umtrieben von Rosa Luxemburg und ihrer Gruppe bei dieser Gelegenheit warnt. Erst als der Kriegsausbruch wirklich unvermeidlich schien, schwenkten auch die rechten SPD-Führer (und viele des sog. «Zentrums» der Partei) ohne weitere Nuancen zum Sozialpatriotismus auf die Seite des wilhelminischen Kaiserreichs.

Die Gewerkschaftsführer versammelten sich ihrerseits am 2. August zu einer Konferenz. Sie entschieden, ab sofort alle laufenden Streikaktionen abubrechen und die Auszahlung von Streikgeldern auf lange Sicht einzustellen. Das Geld der Gewerkschaften sollte nur noch zur Unterstützung der Erwerbslosen und für die künftigen Kriegsoffer verwendet werden. Damals war die Auszahlung von Unterstützungsgeldern für Erwerbslose eine der offiziellen Aufgaben der Gewerkschaften.

Mit den Unternehmerverbänden schlossen die Gewerkschaftsführungen eine Vereinbarung zur automatischen Verlängerung der geltenden Tarifverträge. Streiks und Aussperrungen wurden darin ausgeschlossen. Das war der «Burgfrieden», der Friede der beiden Hauptklassen der Gesellschaft in der belagerten Festung, als die die eigene Heimat, das Deutsche Reich, angesehen wurde. Das war der Friede in der Nation zugunsten der internationalen Kriegs.

Ängstlich sprachen die Gewerkschaftsführer auch beim Reichsamt des Inneren vor, um sich zu erkundigen, wie mit ihnen verfahren würde und welches das Schicksal ihrer Organisationen sei. Die Regierungsvertreter antworteten auf ihre bangen Fragen mit ausgesuchter Höflichkeit, dass man sich glücklich schätze, große Arbeiterorganisationen zu haben, die in der Lage seien, den Bedürftigen zu helfen, und dass es in keiner Weise in Frage komme, die Gewerkschaften in Kriegszeiten zu unterdrücken.

Schon vor der Partei hatte also die Gewerkschaftsführung auf jegliche oppositionelle

Tätigkeit verzichtet und sich vollständig in den Dienst des wilhelminischen Kaiserreichs gestellt, das entschlossen war, in den Krieg zu ziehen. Bei den internen Abstimmungen der Reichstagsfraktion über ihre Stellung zu den Kriegskrediten waren die Gewerkschaftsvertreter die stärkste Gruppe unter der Mehrheit der Kriegsbefürworter, sie bestimmten die Position der SPD-Reichstagsfraktion bei der Abstimmung im Reichstag.

Paul Frölich, führendes Mitglied der Bremer Linken in der SPD und später Mitbegründer der KPD, verweist in seiner politischen Autobiografie* auf den Widerspruch zwischen der allgemeinen kriegsfeindlichen Einstellung der SPD und dem Verhalten einiger führender Sozialdemokraten: «Daneben ist bekannt, dass dem Kriegsministerium schon sehr zeitig Versicherungen abgegeben worden sind, die Sozialdemokratie werde ihre vaterländische Pflicht erfüllen ... Diese Erklärungen wurden abgegeben, als man im Parteivorstand noch annahm, die [Kriegs-]Kredite würden von der Partei abgelehnt werden. Sie waren nicht Ausdruck der allgemeinen Stimmung, die erst in dem Augenblick umschlug, als der Krieg Wirklichkeit geworden war.» Mit der Versicherung der eigenen «Zuverlässigkeit» gegenüber der Reichsregierung, so Frölich, sei die Durchführung der «Bissingschen Erlasse» gestoppt worden. Das waren Geheimerlasse des Kommandierenden Generals von Bissing, welche die sozialdemokratische Presse bereits einige Jahre vor dem Krieg veröffentlicht hatte und die besagten, bei Kriegserklärung seien alle führenden Sozialisten, auch die Abgeordneten, zu verhaften.

In Bremen organisierte die Partei in der letzten Woche vor dem Krieg Protestversammlungen. Die Redner erhielten jedoch die Anweisung, nicht zu Demonstrationen aufzurufen. Trotzdem war auch die SPD-Linke von der Nachricht vom 4. August überrascht und schockiert. Bevor sie sich schlüssig werden konnten, wie sie darauf reagieren sollte, kamen schon die Einberufungsbefehle, auch für Paul Frölich selbst.

In allen Lagern der Partei herrschte in diesen Tagen laut Frölich Verwirrung, außer in der äußersten Rechten, die schlicht für die imperialistische Politik war. Manche von denen, die den Kriegskrediten zustimmten, fürchteten die Konsequenzen einer Konfrontation mit der Regierung oder auch eine russische Invasion, andere glaubten, der Krieg werde ohnehin nur ein paar Monate dauern, und dafür dürfe man die «heilige» Organisation und die daran hängenden Arbeitsplätze nicht aufs Spiel setzen, man könne ja nach dem Krieg den Klassenkampf wieder aufnehmen.

Auch die Parteilinke war sich laut Frölich höchst unsicher, was genau zu tun sei. Kriegsdienstverweigerung als rein individuelle Aktion wollte man nicht, an defätistische Propaganda unter den Soldaten und überhaupt an die Aufnahme illegaler Arbeit dachten die meisten noch nicht. So fand auch die äußerste Linke erst tastend ihren Weg.

Ein Schlüsselement der ideologischen Rechtfertigung der SPD-Führung für ihren sozialimperialistischen Schwenk in der Kriegsfrage war das «Blutzarentum», die Barbarei des russischen Zarismus. Hatten nicht schon Marx und Engels während der Revolution von 1848 zum revolutionären Krieg gegen das Zarenreich als der wichtigsten Festung der europäischen Reaktion aufgerufen? Die Zitierung dieser Position der «Klassiker» konnte jetzt gute Dienste leisten.

Es galt, die deutsche Kultur und Zivilisation und die Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung gegen die Autokratie und die Aggression des zaristischen Regimes zu verteidigen. Würde man die Verteidigung der Demokratie hinzufügen, könnte man fast

glauben, Rechtfertigungen für imperialistische Interventionskriege von heute zu lesen. Doch seit der Friedenskonferenz in Den Haag im Jahr 1899, und spätestens seit der russischen Revolution von 1905, konnte das zaristische Russland nicht mehr als das Epizentrum der europäischen Reaktion angesehen werden. Die Berufung auf Marx und Engels in diesem Zusammenhang war nichts als ein an den Haaren herbeigezogener Anachronismus.

Die Interessen des Proletariats und der Nation

Die Identifikation der Interessen der deutschen Arbeiterklasse mit denen der deutschen Nation entsprach einem tiefen Bedürfnis des Führungspersonals der Verbände, Genossenschaften, Gewerkschaften und der Partei der deutschen Arbeiterbewegung. Man wollte «in der Gesellschaft» und im parlamentarischen Milieu um jeden Preis den Status des Parias abstreifen. Man wollte als gesittete und verantwortliche Kraft erscheinen, als respektabler Gesprächspartner, als Teil der Schicht besserer Leute, die die Geschicke des Landes bestimmten. In Kriegszeiten war das nur möglich, wenn man das Reich in seiner Kriegsführung unterstützte. Die Alternative wäre gewesen, einmal mehr unterdrückt und von «allen» verachtet zu werden. Das war eine wenig anziehende Alternative für Leute, die sich daran gewöhnt hatten, in der Welt der Politik und der besseren Gesellschaftskreise ein Minimum an Anerkennung zu erfahren.

Die Geschichte der Haltung der SPD zu den Kolonialkriegen des Reichs und zur Vaterlandsverteidigung ist voller Zweideutigkeiten und weist Tendenzen auf, die dazu beitragen, die Möglichkeit des Schwenks von 1914 zu erklären. Im Prinzip kritisierte die deutsche Sozialdemokratie die Kolonialpolitik des Reichs in Afrika und lehnte es ab, der Genehmigung der finanziellen Mittel dafür im Reichstag zuzustimmen. Das Hauptargument dafür war allerdings, dass es vor allem die Proletarier waren, die aufgrund der indirekten Steuern herangezogen wurden, diese Kriege zu finanzieren. Die SPD war weit davon entfernt, jedwede Kolonialpolitik abzulehnen. Und wenn es darum ging, «unseren Jungs» (den deutschen Soldaten) im fernen Afrika das Leben leichter zu machen, dann konnten sich die Reichstagsdelegierten der SPD dem schwerlich entziehen.

Auf dem Kongress der II. Internationale in Stuttgart im Jahr 1907 hatte die Mehrheit der zuständigen Kommission (die sich aus Reformisten von alten und neuen Kolonialmächten wie den Niederlanden und Deutschland zusammensetzte) versucht, die ablehnende Haltung der Internationale zur Kolonialpolitik entscheidend aufzuweichen. Unter einem «sozialistischen Regime» könne in Zukunft die Kolonialpolitik durchaus «zivilisatorisch» wirken, wenn auch der Nutzen der Kolonien im allgemeinen und für die Arbeiterklasse im besonderen allgemein «übertrieben» würde. Dieser Revisionsversuch wurde mit 127 zu 108 Stimmen von der Mehrheit des Kongresses zugunsten der alten ablehnenden Position verworfen. Die deutsche Delegation, systematisch dazu erzogen, immer einstimmig aufzutreten, stimmte aber einschließlich der Minderheit geschlossen für die Aufweichung der grundsätzlichen Ablehnung der Kolonialpolitik.

In Deutschland reagierte die SPD auf die Revolten der Schwarzen gegen den deutschen Kolonialismus im afrikanischen Südwesten zusammen mit der katholischen Zentrums-
partei und der liberalen Fortschrittspartei mit der Forderung, die 1906 installierte Kolo-

nialverwaltung zu reformieren. Die Kritik dieser Oppositionsparteien am Kolonialministerium veranlasste Kanzler von Bülow, den Reichstag aufzulösen und für 1907 vorgezogene Neuwahlen anzusetzen – die sog. «Hottentottenwahlen», wie sie später von den Oppositionsparteien genannt wurden, in Anlehnung an die rassistische Bezeichnung «Hottentotten» für die südwestafrikanischen Hereros und Namas.

Die Regierungsparteien und reaktionären politischen Kräfte machten bei diesen Wahlen das Thema, ob Deutschland Weltmacht werden könne oder nicht, zur Gretchenfrage. Damit Deutschland aber Weltmacht werden könne, sei ein Reichstag erforderlich, der nicht mehr in der Lage sei, die Reichsregierung bei ihrer Außenpolitik zu stören. In diesem Zusammenhang gab es eine heftige Kampagne gegen das katholische Zentrum, aber der Hauptfeind war ohne jede Frage die «vaterlandslose und subversive» Sozialdemokratie. Obwohl sie in absoluten Zahlen keine Stimmen verlor, erlitt die SPD bei diesen Wahlen eine schwere Niederlage, weil sie alle ihre traditionellen Partner für einen wechselseitigen Wahlaufbruch bei Stichwahlen verlor und in der öffentlichen Meinung als total isoliert erschien. Von ihren 81 Reichstagsmandaten verlor sie fast die Hälfte und behielt nur 43.

In der SPD entbrannte daraufhin erneut der Streit zwischen dem revisionistischen (rechten) und dem marxistischen (Zentrum und radikale Linke) Flügel der Partei. August Bebel hatte schon vorher alles in seiner Macht stehende getan, um die Vorschläge von Karl Liebknecht und dessen Freunden einzudämmen, die eine intensive antimilitaristische Agitation gegenüber den Soldaten und vor allem gegenüber den jungen Rekruten der Reichswehr forderten. Er hielt eine solche Agitation für äußerst riskant und auch für unsinnig – zum einen, weil sie eine brutale Repression heraufbeschwören konnte, zum anderen, weil er eine konsequent oppositionelle Haltung gegenüber der Reichsregierung im Falle eines Krieges nicht für möglich hielt. August Bebel fing nunmehr an, seine Argumentation in dieser Frage im Reichstag zu modifizieren, angetrieben von dem Wunsch, den verleumderischen Charakter der Vorwürfe der Reaktion zu beweisen, die den Sozialdemokraten vorhielt, sie seien «vaterlandslose Gesellen».

In den Debatten zum Militärhaushalt 1907 griff Bebel im Reichstag den deutschen Militarismus an, indem er die schlechte Behandlung unterstrich, die die deutschen Soldaten in der Reichswehr ertragen müssten. Er blieb aber nicht beim humanitären Aspekt dieser Kritik stehen, sondern behauptete, das für die Soldaten unerträgliche Regime in der Reichswehr untergrabe die Tauglichkeit der deutschen Armee für den Kampf. Er zitierte Spezialisten der Militärwissenschaften, um zu beweisen, dass ein Milizsystem wie in der Schweiz oder in Schweden Armeen besserer Qualität hervorbringe.

Die Proletarier, sagte Bebel, stellen die Mehrheit der Armeeangehörigen. Darum verlange die SPD eine bessere Besoldung und Behandlung der Soldaten, und nicht etwa deshalb, weil sie – wie ihr fälschlich unterstellt werde – der Reichswehr gegenüber negativ eingestellt sei. Die SPD stimme gegen die Rüstungshaushalte, fuhr Bebel fort, weil dem einfachen Volk die Hauptlast zur Aufbringung der Steuermittel dafür aufgebürdet werde. Wenn diese Mittel durch direkte Steuern eingetrieben würden (die wesentlich die höheren Einkommen belasteten) und nicht durch indirekte Steuern (die Menschen mit den geringsten Einkommen am härtesten trafen), dann könne die SPD sehr wohl für die Militärausgaben stimmen.

Bebel versuchte also zu zeigen, dass die SPD für eine Reform der Armee eintrat, die diese Armee stärker, gar zur stärksten Armee Europas machen würde. Der wegen seiner späteren konterrevolutionären Rolle in der deutschen Revolution von 1918/19 zu trauriger Berühmtheit gelangte Gustav Noske war damals frisch sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter geworden und präsentierte sich noch deutlicher als August Bebel als guter deutscher Patriot, indem er behauptete, sie, die Sozialdemokraten, würden sich im Kriegsfall genauso entschlossen für die Verteidigung des Vaterlands schlagen wie diejenigen, die auf der rechten Seite des Hauses saßen.

Der Kriegsminister Graf von Einem machte sich einen Spaß daraus, in seiner Antwort auf Bebel und Noske sehr sprechende Auszüge aus einem antimilitaristischen Buch von Karl Liebknecht zu zitieren, sowie sehr eindeutig gegen die Reichswehr und den Krieg gerichtete Passagen einer Reihe sozialdemokratischer Zeitungsartikel und Broschüren. Der Minister bat Bebel, gestützt auf diese Zitate, in aller Höflichkeit, die Ehrlichkeit seiner Ausführungen zu beweisen, indem er seine Partei von den Elementen säubere, die als verantwortliche Mitglieder und Redakteure solche Sachen von sich geben würden. In diesem Zusammenhang legte er ihm auch nahe, die Jugendorganisation der SPD aufzulösen, in der doch revolutionäre Strömungen und antimilitaristische Positionen erhebliches Gewicht hätten.

Der Opportunismus in der SPD

Ideologisch war der Revisionismus Eduard Bernsteins das Banner des opportunistischen Flügels der Partei. Wer hatte eigentlich recht in diesem Revisionismusstreit, die Revisionisten oder die marxistisch denkenden Mitglieder des Zentrums und des linken Flügels der Partei? Das kommt darauf an, aus welchem Blickwinkel man sich dieser Frage nähert. Die entscheidende These des Revisionismus war die Behauptung der Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung zur sozialistischen Umgestaltung der kapitalistischen Klassengesellschaft. Diese Idee ist von der geschichtlichen Erfahrung nicht bestätigt worden. Die Wirklichkeit, das waren scharfe Krisen, Katastrophen, Zuspitzung der Klassenkämpfe, Krieg und Revolution. Insofern haben also diejenigen, die sich auf die Marxsche Orthodoxie beriefen, recht behalten.

Andererseits lässt sich gut belegen, dass der Revisionismus den wirklichen Charakter der Sozialdemokratie und ihrer alltäglichen Praxis sehr viel besser theoretisch auf den Punkt brachte als der Marxismus des Zentrums. Erinnerung sei an Georg Vollmar, der sich zum Zentrum zählte, wie er auf einem SPD-Kongress dem das Rednerpult verlassenden und auf seinen Platz zurückkehrenden Bernstein zuraunt: «Ede, solche Sachen macht man, aber man sagt sie nicht.»

Charakteristisch für die sozialdemokratischen Programme des 19. Jahrhunderts war die scharfe Trennung zwischen den demokratischen, sozialen und ökonomischen Tagesforderungen (dem «Minimalprogramm») einerseits und der Eroberung der Macht und dem sozialistischen Ziel (dem «Maximalprogramm») andererseits. Dem entsprach die Alltagspraxis, die Reformen und Verbesserungen im Rahmen des kapitalistischen Systems vermittelt über die Tätigkeit der Verbände, Genossenschaften und Gewerkschaften und die parlamentarische Aktion der Parteifractionen durchsetzen wollte und das Ge-

wicht der Partei in Wahlkämpfen zu erhöhen suchte, während andererseits die sozialistische Zukunft eine Sache für Sonntagsanprachen war – schließlich lebt der Mensch nicht vom Brot allein.

Solange das kapitalistische System in der Lage und bereit ist, materielle Zugeständnisse zu machen und die Arbeiterbewegung ihre Organisationen kontinuierlich verstärken und ihre Wählerschaft ausweiten kann, folgt daraus ein Entwicklungstrend, den der marxistische Theoretiker Ernest Mandel die «Dialektik der partiellen Errungenschaften» nannte. Die Arbeiterklasse braucht Erfolge im Kampf und Verbesserungen ihrer Lage, und sie braucht starke Organisationen, um ihre potenzielle Macht zu spüren und Zutrauen zu ihrer eigenen Kraft zu entwickeln. Damit kommen die abhängig Beschäftigten aber im Laufe der Zeit in eine Situation, in der sie – im Gegensatz zu dem, was im «Kommunistischen Manifest» steht – einiges mehr zu verlieren haben als ihre Ketten. In sehr viel stärkerem Maße trifft das natürlich auf das immens wachsende Führungspersonal zu, auf das Heer der Angestellten der Partei und ihrer Presseorgane, der Gewerkschaften, Genossenschaften und diversen Verbände sowie auf die Mandatsinhaber auf den verschiedenen Parlamentsebenen und deren Angestellten. Sie alle haben sehr viel mehr zu verlieren als ihre Ketten. Deshalb ist die Bürokratie die wichtigste Quelle des Opportunismus in der Arbeiterbewegung.

Die charakteristische Ideologie der aus der Arbeiterbewegung erwachsenden Bürokratie ist, wie Ernest Mandel ebenfalls unterstrichen hat, der Substitutionismus, die Rechtfertigung der Stellvertreterpolitik. Die Führungen machen die Politik und bestimmen, wo es lang geht. Wenn sie die Massen mobilisieren müssen, um sich gegen den Klassenfeind durchzusetzen, gibt es immer das Risiko, dass diese Massen, einmal in Bewegung, weiter gehen als vorgesehen. Der entscheidende Faktor bei dieser Wechselwirkung ist der Grad der Eigenaktivität und Selbstorganisation der Massen. Je niedriger der Aktivitätsgrad an der Basis ist, desto klarer sind die Führungen und Apparate die einzigen bewussten Akteure. Je höher der Aktivitätsgrad der Basis ist, desto größer sind die Chancen zur kollektiven Selbstbefreiung.

«Die Emanzipation der Arbeiterklasse muss das Werk der Arbeiter selbst sein», hatte Karl Marx einst unterstrichen, und «revolutionäre Praxis» in seinem Sinne bedeutete, «dass die Erzieher erzogen» werden. Darum ist es ein Schlüsselement revolutionärer Strategie, überall – gerade auch in den Parlamenten und in den Führungsetagen der Gewerkschaften und Parteien – alles dafür zu tun, um die Masse der Mitglieder zu ermutigen, sich kontinuierlich in ihre eigenen Angelegenheiten und in die Angelegenheiten ihrer eigenen Organisationen einzumischen, und analog dazu die Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu ermutigen, sich in Bewegung zu setzen und sich in gemeinsamen solidarischen Aktionen selbst zu organisieren.

Hinzu kommt die Wichtigkeit der politischen Bildung. Die Lehrtätigkeit von Rosa Luxemburg an der Parteischule der SPD ist dafür ein gutes Beispiel. Wenn die sozialistische Revolution, wie Karl Marx meinte, die erste Revolution der Geschichte ist, die sich ihrer selbst und ihrer eigenen Ziele bewusst ist, dann muss alles dafür getan werden, das politische Bewusstsein der Mitglieder der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen zu entwickeln – und zwar nicht, indem man ihnen vorgebliche Wahrheiten eintrichtert, sondern indem man ihnen die Mittel zur Aneignung politischer und geschichtlicher

Kenntnisse und zum Erlernen der Fertigkeiten verschafft, mit denen sie ihre Fähigkeit zu selbständigem politischem Urteil stärken können.

Eiserne Disziplin

Am 4. August 1914 stimmte die Minderheit der SPD-Reichstagsfraktion, die eigentlich gegen die Kriegskredite war, im Reichstag dann doch für die Kriegskredite. War das die «eiserne Parteidisziplin», und woher kommt die eigentlich?

Im Klassenkampf brauchen die Beschäftigten eine gewisse Disziplin, um ihre Interessen durchzusetzen. Die große Zahl kann gewinnen, wenn alle gemeinsam handeln. Streikbruch darf bei Strafe der Niederlage nicht geduldet werden. Insofern ist der Knüppel auf dem Kopf des Streikbrechers manchmal ein Gebot der Humanität.

Unter den Sozialistengesetzen von 1878 bis 1890 war die SPD illegal. Es war viel Disziplin erforderlich, um das Überleben der Partei und der Organisationen der Arbeiterbewegung in dieser Lage zu ermöglichen. Man konnte sich nicht viel Individualismus erlauben und musste sich davor hüten, interne Meinungsverschiedenheiten der Partei allzu sehr in die Öffentlichkeit zu tragen. In dieser Situation war die Reichstagsfraktion das einzige legale Organ der Partei, das in der Lage war, Positionen der Partei öffentlich zu artikulieren.

Als die Partei wieder legal war, blieb das Gewicht der Reichstagsfraktion und überhaupt der Parlamentsfraktionen enorm. Es war nicht vorstellbar, dass der Parteivorstand in einer wichtigen Frage Position bezog, ohne sich vorher mit der Reichstagsfraktion oder deren Führung zu beraten. Die Parteivorstände versuchten, ihr Gewicht in der Partei zu stärken, indem sie sich auf allen Ebenen mit Sekretären umgaben, die die Verwaltungsaufgaben zu bewältigen hatten. Sie blieben aber doch sehr weitgehend auf die Verständigung mit den Parlamentsfraktionen und Gewerkschaftsführungen angewiesen.

In den Jahren zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Parteilinke einschließlich ihrer ausgesprochen revolutionär gesonnenen Teile in keiner Weise geneigt, den verstärkten Zentralismus zu bekämpfen. In dieser Zeit waren es sehr viel mehr die Bastionen des Opportunismus in der Partei, die für ein eher föderatives Regime und für mehr Autonomie der regionalen und örtlichen Parteigliederungen eintraten, genauso wie der rechte Flügel der Partei für den Föderalismus in der Internationale und für ein Maximum an Autonomie der nationalen Parteien eintrat.

Insbesondere in Süddeutschland, in Baden und Württemberg, passten sich die Fraktionen der SPD in den Landtagen mehr und mehr den Mechanismen des offiziellen Politikbetriebs an, was Rosa Luxemburg «parlamentarischen Kretinismus» zu nennen pflegte. Zum Beispiel in Württemberg war das System der parteiinternen Wahlen so gestrickt, dass die Masse der proletarischen Mitglieder in den großen Städten vergleichsweise viel weniger Gewicht auf die Waage brachten als die eher mitgliederarmen Sektionen der Partei in den Kleinstädten und in den Dörfern auf dem Lande, die in einem sehr viel konservativeren Klima lebten.

Die Parlamentsfraktionen der SPD dort hatten es sich zur Gewohnheit gemacht, den von den Regierungsparteien vorgelegten Haushaltsentwürfen zuzustimmen – um ihre Ernsthaftigkeit unter Beweis zu stellen. Die Parteikongresse auf nationaler Ebene mit

ihren revolutionären und zentristischen Mehrheiten verurteilten regelmäßig diese Verstöße gegen den Geist und oft auch gegen den Wortlaut der Parteipositionen, aber die gescholtenen Landesverbände ließen sich davon wenig beeindrucken und beriefen sich auf ihre Autonomie. Das war einer der Gründe für den organisatorischen Zentralismus des linken Flügels der Partei in dieser Zeit.

Doch im August 1914 war es notwendig geworden, die formale Disziplin zu brechen, um das innerste Wesen der programmatisch internationalistischen Identität der sozialistischen Arbeiterbewegung zu verteidigen. Denn Disziplin ist kein Selbstzweck, sondern ein Kampfinstrument, um die Klassensolidarität in der Aktion gegen den Klassenfeind und seinen Staat durchzusetzen.

In dieser Hinsicht ist es interessant festzustellen, dass die SPD-Reichstagsabgeordneten, die den Kriegskrediten am 4. August 1914 zustimmen wollten, sich vor der internen Beratung der SPD-Fraktion verabredet hatten: Wenn sie in der Fraktion in die Minderheit geraten würden, wollten sie in jedem Falle im Reichstag trotzdem für die Bewilligung der Kriegskredite stimmen.

Der Organisationsfetischismus

Wenn die Organisation ein Instrument für die Emanzipation sein soll, kann sie kein Selbstzweck sein. Die Bürokratien machen aus den Organisationen aber einen Selbstzweck. Für sie ist die Organisation der liebe Gott, von dessen Gnaden man lebt und für den man lebt. Das war der Seelenzustand der deutschen sozialdemokratischen Führer, der sie im entscheidenden Moment des August 2014 umfallen ließ. Es kam für sie auf keinen Fall in Frage, die Organisation in Gefahr zu bringen. Sehr viel eher konnte dem nationalen Taumel und dem Kriegsgeschrei nachgegeben werden und galt es gleichzeitig, unter der Hand die Parteikasse in die Schweiz in Sicherheit bringen.

Die Ehrlichkeit gebietet festzustellen, dass diese Methode nicht in jedem Falle zur Rettung der Organisation geführt hat. Nach dem Wahlsieg der Nazis 1933, als Hitler Reichskanzler geworden war, verkündete er die Umfunktionierung des 1. Mai zum Feiertag der nationalen Arbeit. Die Gewerkschaftsführungen beschlossen, sich dieser finsternen Farce zu beugen und an den offiziellen Veranstaltungen zum 1. Mai teilzunehmen, um die Organisation zu retten. Am Tag danach wurden die Gewerkschaftshäuser von den Nazis gestürmt, und die Organisationen der gesamten Arbeiterbewegung wurden in Deutschland – wie auch in allen später von Nazideutschland besetzten Gebieten – zerschlagen, ganz egal, wie revolutionär oder opportunistisch sie geführt waren.

Organisationsfetischismus kommt schon dann zum Ausdruck, wenn eine linke Partei diskutiert, bestimmte Forderungen nicht aufzustellen oder öffentlich in den Vordergrund zu stellen, weil sie vielleicht unpopulär sein könnten – zum Beispiel Forderungen zur Verteidigung von politischen Flüchtlingen, gegen die es in der einheimischen Bevölkerung weit verbreitete Vorurteile gibt. Wenn das Streben danach, bei Wahlen möglichst viele Stimmen zu erhalten, mehr zählt als die politische Überzeugung, dann hat der Organisationsfetischismus zum politischen Opportunismus geführt. Was nützt denn eine Partei, wenn sie ihre Überzeugungen zurückhält, sobald diese gegen den Strom vertreten werden müssten?

Um gerecht zu bleiben, muss zugegeben werden, dass der Organisationsfetischismus nicht ausschließlich eine Erscheinung großer Parteien und Massenorganisationen ist. Das gibt es auch in kleinen Organisationen mit mehr oder weniger revolutionären Überzeugungen. Gibt es zum Beispiel zwei von ihnen mit weitgehend identischen programmatischen Grundlagen, dann müssten sie sich eigentlich zusammenschließen, um ihre Ziele besser verwirklichen zu können. Oft tun sie es nicht, weil ihre Führungen – die in aller Regel keinerlei materielle Privilegien haben – lieber ihren eigenen kleinen Verein behalten wollen, in dem sie viel zu sagen haben, während ihre Bedeutung in der neuen vereinigten Organisation vielleicht geringer werden würde. Auch das ist eine Erscheinung von Organisationsfetischismus.

Die Darstellung stützt sich wesentlich auf Carl E. Schorske: Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie von 1905 bis 1907. Berlin 1981. Die ersten beiden Zitate sind dem Wikipedia-Eintrag zum außerordentlichen Kongress der II. Internationale 1912 in Basel entnommen.

Anmerkung

*Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890–1921. Berlin 2013. S.102–107.

ANZEIGE



Paul Frölich Im radikalen Lager Politische Autobiografie 1890–1921

Herausgegeben und mit einem Nachwort von Reiner Tosstorff in Kooperation mit dem IISG Amsterdam

Hardcover und Schutzumschlag, mit 25 Abbildungen und einem Textanhang

416 S., 29,80 Euro

ISBN 978-3-86163-147-7

www.basisdruck.de